



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Michael Kopatz

Politik und Bürger haben es in der Hand!

Michael Kopatz (2015):

Politik und Bürger haben es in der Hand!

In: Besser, anders, weniger – Suffizienz in der Baukultur : der Bericht zum db-Kongress, 21. Mai 2014 (Deutsche Bauzeitung)

Konradin Mediengruppe, Leinfelden-Echterdingen, 2015, S. 16-17



BESSER ANDERS WENIGER

Der Bericht zum db-Kongress
21. Mai 2014



{Text: Michael Kopatz
Fotos: Michael Kopatz, Thinkstock

1

POLITIK UND BÜRGER HABEN ES IN DER HAND!

DER WEG ZUR SUFFIZIENZ AM BEISPIEL EINES WOHNFLÄCHEN-MORATORIUMS

Neuerdings ist es wieder „hoffähig“ geworden, von Suffizienz zu sprechen. Das ist auch gut so, denn die gewünschte Energiewende schreitet mit Sicherheit schneller und zielstrebig voran, wenn Suffizienz-, Effizienz- und Konsistenzstrategien zusammenwirken. Neben den notwendigen technischen Veränderungen ist aber auch eine sozial-kulturelle Transformation erforderlich.

Ein wichtiger Bestandteil innerhalb dieses Vorgangs ist die Regulierung. Beispielsweise löst der physische Wandel der Infrastruktur Veränderungen in der Psyche des Menschen aus. Etwa beim Thema „Radfahren“: Radschnellwege, Vorrangschaltung an Ampeln für Radfahrer, kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen, E-Bikes, Tempolimit, Bürgertickets usw. prägen unser Denken und unsere Alltagsroutinen. Der Drahtesel könnte zum „Massenphänomen“ in den Städten werden, wenn sich die Rahmenbedingungen diesbezüglich allmählich ändern bzw. dahingehend geändert werden.

Doch die politischen Entscheidungsträger in den Städten und Regionen können nicht beliebig den zukunfts-fähigen Verkehr fördern. Ballungszentren befinden sich untereinander im Wettbewerb. Welcher Bürgermeister wagt es schon, den motorisierten Individualverkehr in der Stadt zu begrenzen? „Dann fahren die Menschen aus dem Umland doch in die Nachbarstadt zum Einkaufen“, so ein oft verwendetes Gegenargument. Das wäre schlecht für den Einzelhandel, schlecht für die Wirtschaft, schlecht für den Arbeitsmarkt. Mit der gleichen Begründung werden zudem auch häufig Grünflächen zugunsten von Gewerbe und Einfamilienhäusern erschlossen, man könnte auch sagen „geopfert“.

FLÄCHEN-MORATORIUM

Eine Möglichkeit, die Kommunen aus ihrem Wettbewerbsdilemma zu befreien, wäre die Inkraftsetzung eines „Flächen-Moratoriums“. Es handelt sich dabei um eine ggf. bundesweit geltende ordnungsrechtliche Vorgabe, die zusätzliche Wohn- und Gewerbeflächen nur

im Maße eines entsprechenden Bevölkerungszuwachses zulässt. Bei stagnierender Einwohnerzahl schreibt das Moratorium bis auf Weiteres vor, dass die gesamte Wohn- und Gewerbefläche in Deutschlands Städten nicht zunehmen darf. Das würde Neubauten, etwa in wachsenden Städten, zwar nicht ausschließen, jedoch nur bei gleichzeitigem Abriss an selber oder anderer Stelle gestatten. Der Staat schüfe also einen Ordnungsrahmen, mit dem innerhalb definierter Grenzen flexibel umgegangen werden könnte.

Ein Flächen-Moratorium wäre wichtig, um Expansion und Verschwendung zusätzlich zu den bereits bekannteren Maßnahmen zu begrenzen. Inzwischen wissen beispielsweise sehr viele Bundesbürger etwas mit dem Begriff „KfW-CO₂-Gebäudesanierung“ anzufangen: Vielerorts werden Gebäude gedämmt und Fenster ausgetauscht. Und tatsächlich ging der Energieverbrauch pro Quadratmeter zwischen 1995 und 2005 bundesweit auch um gut 9 % zurück. Ein toller Erfolg, der durch die beständige Zunahme der genutzten Wohnfläche – 13 % im selben Zeitraum – bislang jedoch mitnichten zu einem Rückgang des absoluten Energieverbrauchs führte. Im Wesentlichen sind zwei Entwicklungen für den gestiegenen Wohnflächenbedarf verantwortlich: erstens der Trend zu Haushalten mit weniger Personen, zweitens wohnen beispielsweise Eltern oftmals in überdimensionierten Häusern, etwa weil ihre Kinder bereits ausgezogen sind.[1] Auch langfristig sinkt der Energiebedarf pro Kopf nur leicht, da die genutzte Wohnfläche zunimmt. Es ist daher mehr als fragwürdig, ob auf diese Weise die anvisierte Verbrauchsminderung von 80 % bis 2050 erreicht werden kann.



2

QUALITÄT STATT QUANTITÄT

Aber wie würden Entscheidungsträger ein Moratorium zur Flächenbegrenzung aufnehmen, wenn sie wüssten, dass die Nachbargemeinde oder die konkurrierende Stadt vor dem gleichen Problem stünde? Wenn sichergestellt wäre, dass der interkommunale Wettbewerb ausgehebelt wäre? Vermutlich würden sich die Stadtplaner dann tatsächlich verstärkt um neue, alternative und attraktive Wohnformen bemühen. Brachflächen würden saniert, Fehlentwicklungen wie das „Ausfransen“ der Städte und autofahrerfreundliche Einzelhandelsflächen am Stadtrand gebremst. Im Idealfall würden Innenstädte und Stadtteilzentren attraktiver und belebter.

ALT GEGEN NEU

Freilich werden sich junge Familien auch in Zukunft nach einem Eigenheim sehnen. Doch wie soll das möglich sein, wenn dann nicht mehr neu gebaut werden darf? Grundsätzlich ist ja genug Platz vorhanden. Denn wer einst für sich und seine Kinder ein Häuschen mit Garten baute, lebt rund 20 Jahre später meist in überdimensionierten Wohnverhältnissen. Ohne Kinder könnten die Eltern doch eigentlich wieder zurückziehen, etwa in ein urbanes Umfeld, das ihnen noch aus früheren Zeiten vertraut ist. Ohne konkrete Veranlassung wird dazu aber wohl kaum jemand bereit sein. Wer gibt schon gerne das geschätzte Heim auf, das womöglich erst seit einigen Jahren abbezahlt ist? Viel Geld, Mühe und Zeit wurden investiert, um es bis ins Detail auf die persönlichen Vorstellungen zuzuschneiden.

Aber es fragt ja auch niemand. Das würde sich durch ein Flächen-Moratorium ändern. Kommunale Akteure könnten Maßnahmen und Konzepte entwickeln, um Menschen zum „Freizug“ übergroßer Wohnungen und Häuser zu ermuntern. Denkbar wären beispielsweise Informationskampagnen, Bonussysteme (etwa ein teilweiser oder vollständiger Erlass der Grunderwerbssteuer für die „neue“ Wohnung, wenn diese um einen Mindestprozentsatz kleiner ist) oder auch Angebote alternativer Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser.

ABER WO BLEIBT DIE FREIHEIT?

Derartige Vorschläge mögen liberale Bürgerinnen und Bürger als staatsautoritär betrachten. Hier winke Planwirtschaft, bringen viele vor. Es sei schließlich Kennzeichen der individuellen Freiheit, etwa über die Größe der Wohnung oder des Pkws selbst zu bestimmen. Als Begründung wird dann meist Artikel 2 des Grundgesetzes angeführt: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt.“ Doch nimmt man den zweiten Teil des Satzes ernst, ergibt sich ein anderes Bild. Es zeigt sich, dass unsere derzeitige verschwenderische Lebensweise die Freiheitsrechte vieler Mitmenschen und erst recht unserer Kinder und Enkelkinder in bedrohlichem Ausmaß einschränkt. Absolute Grenzen für Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß sind also geradezu zwingend notwendig, wenn man den Freiheitsgrundsatz zu Ende denkt. Die Einsicht in die Notwendigkeit ist nicht eine Behinderung der Freiheit – es ist ihre Bedingung.

{ Link

[1] www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=3558

[1] Nationen, Unternehmen, selbst Städte und Gemeinden befinden sich einem „Abwärts-Wettlauf“, wenn Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards immer weiter gesenkt werden. Durch den harten Konkurrenzkampf meiden sie Veränderungen, von denen Wettbewerber möglicherweise profitieren könnten. Weltweit plädieren Spitzenmanager daher inzwischen für „radikalere“ Vorgaben durch die Politik

[2] Die eingeführte Anschnallpflicht beweist: Eingriffe in die Freiheitsrechte sind allgegenwärtig, letztlich erforderlich und bringen immense Vorteile mit sich. Auch absolute Grenzen für Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß sind geradezu zwingend notwendig, wenn man den Freiheitsgrundsatz zu Ende denkt. Die Einsicht in die Notwendigkeit ist nicht eine Behinderung der Freiheit – es ist ihre Bedingung